



Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Sitzung	des Ausschusses für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	11.04.2023
Beginn	17:30 Uhr
Ende	18:52 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Klaus Groß,

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Frau Kerstin Kircheis,

Herr Jörn-Matthias Lehmann,

Herr Matthias Loehr, in Vertretung für Herrn Heine

Herr Dietmar Micklich,

Herr Frank Mittag,

Herr Andy Schöngarth,

Herr Dietmar Schulz,

Herr Hans-Joachim Weißflog, in Vertretung für Frau Domke

Sachkundige/r Einwohner/in

Herr Karl Fisher, Herr Bastian Garnitz, Frau Bettina Handke, Herr Michael Michler,

Herr Peter Pollack, Herr Thomas Pomnitz, Herr Carlo Wittich,

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschusssitzung wird per Live-Stream übertragen.

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder, die sachkundigen Einwohner sowie alle Gäste zur Ausschusssitzung.

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die frist- und ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

Der heutige Ausschuss ist mit 9 Mitgliedern stimmberechtigt und beschlussfähig.

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Dokument:

Niederschrift vom 14.03.2023

Von den Ausschussmitgliedern gibt es keine Anmerkungen zur Niederschrift.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Herr Groß informiert in Abstimmung mit Herrn Loehr, dass zum TOP 8 Anträge nochmals eine Gesprächsrunde zum Antrag AT-08/23 Verzicht auf Lichtmastplakatierung erfolgen wird. Behandlung als TOP 8.1.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 5

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine Anfragen für den öffentlichen Teil vor.

TOP 6

Berichte und Informationen

TOP 6.1

Informationen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024

Gast: Herr Konzack

Herr Konzack informiert darüber, dass die Kommunalwahlen 2024 wieder gemeinsam mit der Europawahl 2024 stattfinden werden. Hier steht noch die Festlegung des Wahltermins aus, die im August erwartet wird.

Zur Zeit wird an Vorschlägen für die Wahlkreiseinteilung zur Wahl der StVV gearbeitet. Es ist aktuell geplant, dass die entsprechende Beschlussvorlage im September 2023 in die StvV eingebracht wird. Im Oktober 2023 soll die Beschlussfassung zur Wahlleitung folgen.

Nachfragen von Herrn Loehr, Herrn Micklich, Herrn Groß und Herrn Schulz wurden durch Herrn Konzack beantwortet.

TOP 6.2

Information zur Organisationsstruktur in der Ausländerbehörde (ALB) ab dem 01.Mai 2023

Dokument: Präsentation „Neue Organisationsstruktur für die Ausländerbehörde“

Gast: Herr Konzack

Herr Konzack erläutert anhand einer erstellten Präsentation, welche zur Niederschrift nachgereicht wird (siehe Anlage), die Entwicklung der Anzahl der Ausländer in der Region Cottbus/Chósebus // Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa und die dafür maßgeblichen Ereignisse seit dem Jahr 2013.

Diese Entwicklung sowie zukünftige neue Arbeitsschwerpunkte (Bedarf an ausländischen Fachkräften) erfordern eine Anpassung bzw. Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der ALB. Dieser Prozess startet ab Mai 2023.

Nachfragen von Herrn Schöngarth, Herrn Groß, Herrn Micklich, Herrn Loehr und Herrn Weißflog wurden durch Herrn Konzack beantwortet.

Zusatz: Information zum aktuellen Stand Wohngeldbeantragungen

Herr Konzack informiert kurz darüber, dass momentan die Antragszahlen auf Wohngeld rückläufig sind. (Januar 2023 ca. 700 / März 2023 ca. 400).

Die Bearbeitungszeit beläuft sich auf ca. 4 Monate. Die weitere Entwicklung wird betrachtet.

TOP 7

Vorlagen der Verwaltung

Herr Mittag gibt zu den nächsten 2 Tagesordnungspunkten 7.1. und 7.2. seine Befangenheit bekannt und wird bei diesen Vorlagen nicht mitstimmen.

Damit ändert sich die Anzahl der stimmberechtig Mitglieder auf 8.

TOP 7.1 I-010/23

**Aufstellung der Vorschlagsliste von Schöffen/-innen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit
Amts-/Landgericht**

TOP 7.2 I-011/23

Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss am Amtsgericht Cottbus

Gast: Herr Gabriel, Rechtsamt

Herr Gabriel verweist auf eine aktualisierte Vorschlagsliste zur Vorlage I-010/23 und stellt kurz den Inhalt der Vorlage vor. Im Anschluss stellt er auch gleich die Vorlage I-011/23 vor, da dies im engen Zusammenhang steht.

Herr Micklich erinnert an eine Diskussion zur letzten Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf die Weitergabe von Informationen sowie die Art der Vorlagenbereitstellung. Dies war als Rüge klar gemacht und wurde vom Oberbürgermeister so auch angenommen. Mit der heutigen Verteilung der aktualisierten Vorschlagsliste ist dies eine ähnliche Situation. Es sollte eine Formalie eingehalten werden, die darauf hinweist, dass es sich um neue bzw. Austauschanlagen handelt. Um auch den Stadtverordneten die entsprechende Zeit einzuräumen die Dokumente zu sichten.

I-010/23 zur Beschlussfassung empfohlen Ja 3 Nein 1 Enthaltung 4

I-011/23 zur Beschlussfassung empfohlen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 8

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine verwiesenen Anträge aus der letzten Stadtverordnetenversammlung für den öffentlichen Teil vor.

Entsprechend der Ergänzung der Tagesordnung zu TOP 4 wird im Nachgang zur Ausschusssitzung im März eine weitere Behandlung des Antrages AT-08/23 Verzicht auf Lichtmastplakatierung erfolgen.

TOP 8.1 AT-08/23

Verzicht auf Lichtmastplakatierung

Antragsteller: Fraktion DIE LINKE

Herr Groß erinnert an die Ausführungen von Herrn Land und Herrn Mittag zu den rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Wahlwerbung mittels Plakaten in der letzten Sitzung.

Herr Loehr macht nochmals klar, dass der Antrag zu Debatten anregen soll und dies nicht nur in den Fraktionen oder Parteien sondern auch innerhalb der Verwaltung. Hier sollte man sich Gedanken machen über mögliche Spielräume, die es hier geben könnte. Es ist bekannt das andere Kommunen Regelungen für ihre Gemeinden getroffen haben und wie hier Möglichkeiten für Cottbus/Chósebuz bestehen. In erster Linie ist von Interesse die Einschätzung des Rechtsamtes, welchen Spielraum sieht es? Als weiteres besteht die Frage welche Debatten haben in den Fraktionen/Parteien stattgefunden?

Herr Mittag geht nochmals darauf ein, dass es ohne eine **Verbindliche Regelung** keine Umsetzung des Antragsinhaltes erfolgen kann. Beschränkungen könnten ja schon in vorhandene Satzungen aufgenommen werden (z.B. Baumschutzsatzung).

Herr Weißflog berichtet aus seiner Fraktion und spiegelt wieder, dass es große Debatten gab in Bezug auf die Themen Demokratie, Sichtbarkeit, politische Werbung und auch die mögliche Erreichbarkeit von Wählerinnen und Wählern. Grundsätzlich besteht die Primärfrage nach den **rechtlichen Möglichkeiten und Verbindlichkeiten**.

Es gab weitere Wortmeldungen von Herrn Schöngarth, Herrn Groß, Herrn Loehr und Weißflog in Bezug darauf hin, dass ohne Rechtslage keine weiteren Debatten sinnvoll sind.

Herr Mittag erklärt sich daraufhin bereit eine Zusammenstellung zu erarbeiten, aus der hervorgeht, „Was gibt es?“, „Was ist tabu?“ oder „Wo sind Gestaltungsmöglichkeiten?“. Ein grobes Papier der Rechtslage welches dem Rechtsamt zur Prüfung übergeben werden soll.

Diesen Vorschlag tragen alle Ausschussmitglieder.

TOP 9

Petition

Petition zum Vorgang Gaglower Straße in Gallinchen

Herr Groß informiert kurz über die sehr umfangreiche Petition, welche allen Ausschussmitgliedern nach der letzten Stadtverordnetenversammlung verteilt wurde. Aufgrund der wenigen Werkzeuge, die zwischen der StVV und dem Ausschuss liegen, war eine inhaltliche Vorbereitung zur Behandlung der Petition leider nicht möglich. Die Petition wird in der Sitzung im Mai behandelt. Der Petent wird mit einem Zwischenbescheid darüber informiert.

TOP 10

Sonstiges

Herr Loehr beantragt ein Thema für den nächsten Ausschuss

- Bericht zur Umsetzung des Antrages AT-09/19 „Grundsätze für die Vergabe städtischer Aufträge an Sicherheitsdienstleister“ vom März 2019

Das Thema spielt in der Hauptstadtpresse eine Rolle, daher würde er das Thema gern behandeln, bevor es andere beurteilen.

Herr Mittag beantragt ebenfalls ein Thema für den nächsten Ausschuss

- Information zu vertraglichen Grundlagen / Haftung in Bezug auf die Sicherungsmaßnahmen zur Kaimauer im nichtöffentlichen Teil

Er bittet um Zusammenstellung entsprechender Unterlagen, welche 1 Woche vor der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt werden sollen. (Vertragliche Grundlagen für die Errichtung der Kaimauer, Ausschreibungsverfahren, mögliche Baugrundgutachten, welche

vorgelegen haben, Vereinbarungen zur jeweiligen Haftung unter der besonderen Prämisse, dass die Kaimauer sich nicht auf städtischen Grundstück befindet.)

Herr Weißflog gibt als Ergänzung den Hinweis, dass eine Rechtsabschätzung für die Zukunft wichtig wäre.

Cottbus/Chósebus, 25.04.2023

gez. Klaus Groß

Vorsitzender des Ausschusses für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen